

## Öffentliche Gemeinderatssitzung

Verhandelt: Markdorf, den 13. Juni 2018

### **Anwesend:**

- 1. Bürgermeister:** Georg Riedmann
- 2. Bürgermeister-Stellv.:** Martina Koners-Kannegießer
- 3. Stadträte:** Achilles, Bischofberger, Bitzenhofer, Braun, Deiters Wälischmiller, Heilmaier, Gratwohl(17:30), Heimgartner, Dr. Hepting, Holstein, Mock, Neumann, Oßwald, Pfluger, Roth, Sträßle, Schley, Steffelin, Sandkühler, Viellieber, Wild, Zimmermann, Zumstein
- 4. Protokollführung:** Thilo Stötzner
- 5. Beamte, Angestellte usw.:** Herr Dr. Grafmüller Ortschaftsrat Ittendorf (18:35), Herr Habnitt, Herr Schlegel, Herr Hess, Fr. Schneider
- 6. Sitzungsdauer:** 17:00 Uhr – 22:28 Uhr
- 7. Sitzungsort:** Stadthalle der Stadt Markdorf

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der gesamte Stadtrat durch Ladung vom 04. Juni 2018 ordnungsgemäß einberufen worden ist.

Gesamtzahl des Gemeinderates: 25  
Anwesend waren: 25  
Entschuldigt:

---

### **56. Bürgerfrageviertelstunde**

### **57. Kommunale Jugendarbeit**

- a) Bericht des Jugendreferats
- b) Beratung

### **58. Rathaus im Bischofsschloss**

- a) Vorstellung der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung
- b) Beratung

### **59. Einrichtung einer „blauen Zone“ zur Regelung der Parkierung in der Innenstadt von Markdorf**

- Bericht zur Umsetzung der Maßnahme

**60. Breitbanderschließung Markdorf**

- a) Vorstellung der Ortsnetzplanung
- b) Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe der Genehmigungsplanung

**61. Bekanntgaben, Wünsche und Anträge**

Herr Bürgermeister Riedmann begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und die Gäste zur heutigen Gemeinderatssitzung. Er erklärt, er freue sich über das zahlreiche Publikum, es werden heute schwierige Punkte angesprochen und er freue sich über jede Diskussion, die ein Beitrag zur Stadtentwicklung sei. Er führt noch kurz aus, dass nach 18:00 Uhr noch Kollegen aus dem Rathaus dazukommen werden. Zur Tagesordnung erklärte Herr Riedmann, dass die Tagesordnungspunkte 5 blaue Zone und 6 Breitbanderschließung miteinander getauscht werden, damit die Gäste die zum Tagesordnungspunkt Breitband Erschließung den Vortrag halten werden, früher dran kommen könnten.

**.56. Bürgerfrageviertelstunde**

In der Bürgerfrageviertelstunde meldet sich ein Mitbürger und möchte wissen, wie der Sachstand der Ampelanlage an der Enzisheimer Straße sei. Dies werde mehr und mehr zum Ärgernis und sei sehr gefährlich. Er möchte wissen, warum man die Ampeln nicht einfach ausschalten könne bzw. die Geradeausampel nicht einfach zu hänge. Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, bereits der ehemalige Ordnungsamtsleiter wollte dies vor drei Jahren tun, es wurde von Bahnvertretern jedoch verhindert. Die jetzige Schaltung sei ein Notprogramm zur Sicherung des Bahnübergangs. Bis der Sachverhalt mit der Bahn endgültig geklärt sei, müsse es auf jeden Fall dabei bleiben. Sobald dann ein Beschilderungsplan fertig ist, wird die Verkehrsführung geändert.

**57. Kommunale Jugendarbeit**

- a) Bericht des Jugendreferats
- b) Beratung

Bürgermeister Riedmann stellt Herrn Münzer, den Jugendreferenten als Vertreter für Frau Neurohr vor. Er erklärt, dass es seit dem Herbst 2015 viele Veranstaltungen mit Jugendlichen gegeben habe, es seien einige Projekte umgesetzt worden, sicherlich aber auch noch viele Wünsche unerfüllt. Nun gebe es einen Neustart mit vielen Kontakten zu den Jugendlichen, es sei ein sehr gutes und motiviertes Referat mit tollen Projekten und Vorschlägen. Herr Münzer stellt sich und sein Team vor, Herrn Waldenmayer, die Verwaltungskraft Frau Roth sowie den Bundesfreiwilligen Herrn Jocksch. Er erklärt, er möchte die Zuhörer auf den neuesten Stand über die Projekte und die Jugendbefragung bringen. Herr Waldenmayer stellt nun die Jugendbefragung vor, den Ferienkalender und die geplanten Ferienspiele. Er geht kurz auf die Öffnungszeiten im Zepp ein und merkt an, dies sei im Moment nicht sehr gut besucht. Es gebe einen großen Bedarf an externen Veranstaltungen. Mit dem Mehrgenerationenhaus gebe es eine Kooperation, hier käme die Fahrradreparaturwerkstatt sehr gut an. Es gebe Kennenlernprojekte mit den Fünferklassen und eine Kooperation mit den beiden

Kirchen. 2018 finden die Ferienspiele vom 4. bis 11. August, in der zweiten Ferienwoche statt. Es sind ca. 106 Kinder gemeldet, dazu kommen noch 60 Betreuer im Alter zwischen 14 und 30 Jahren. Organisiert werde das ganze durch ein Konzeptteam aus aktiven Teilnehmern der bisherigen Leiter, diese haben auch die Helfer akquiriert. Im Ferienkalender 2018 werden im Moment Angebote von 51 Vereinen und Institutionen angeboten, dies sind so viel wie noch nie. Herr Münzer geht nun auf die Angebote in der Stadt für die verschiedenen Altersgruppen ein, und stellt fest, dass es für über 18-jährige sehr viele Angebote gebe, jedoch wiederum für die Altersgruppe zwischen 12-18 außer der Schule und Vereinen nur sehr wenige. Er geht nun anhand seiner Präsentation auf die Jugendbefragung ein. Von den abgegebenen Rückläufern der Fragebogenaktion stammten ca. 70% von der Altersgruppe 12 – 17 Jahre und ca. 30% von der Altersgruppe 18 – 25 Jahre. Er zeigt nun die ganzen gestellten Fragen nach Lieblingsorten, Einrichtungenplätzen usw., auf die die Jugendlichen antworten sollten. Herr Stadtrat Bitzenhofer wirft hier ein, ob es nicht einfacher gewesen wäre nur einige wenige, wie z.B. fünf Fragen zu stellen, Herr Münzer verneint dies. Er geht auf die Lieblingssportarten, die einzelnen Einrichtungen ein und stellt die verschiedenen Plätze vor. Er merkt an, nur wenige würden das Zepp bzw. das Jugendvereinsheim kennen, die Sportplätze seien jedoch allgemein bekannt. Herr Stadtrat Neumann möchte gerne wissen wo das Jugendvereinsheim sei, Herr Münzer erklärt daraufhin, dies sei die angebaute Halle neben der Tennishalle. Stadtrat Holstein erklärt, im Jugendvereinsheim gebe es keine Öffnungszeiten. Herr Münzer erklärt daraufhin, dies könne jedoch immer angemietet werden. Viele Jugendliche halten sich an öffentlichen Plätzen auf, gefeiert werde hauptsächlich im Lemmon in Markdorf bzw. im Löwen in Urnau. Die Jugendlichen sind hauptsächlich Mitglieder im Sportverein, im Musikverein oder bei der Feuerwehr bzw. dem Deutschen Roten Kreuz. Er geht hier auf die Hindernisse und Herausforderungen der Jugendlichen ein, weiteres Thema ist auch die Verkehrsanbindung in Markdorf, die durchaus besser sein könnte. Viele Jugendliche würden sich bereit erklären, sich in vielen Bereichen zu beteiligen, z.B. in einem Jugendgemeinderat, aber auch im Zepp oder Jugendcafé. Angesprochen werden Öffnungszeiten des Zepp zum Beispiel auch am Wochenende, auch das Jugendvereinsheim wird vorgestellt, auch hier sollten am Wochenende und abends oder nach der Schule in Zukunft Öffnungszeiten bereitgestellt werden. Auch ein so genannter Szeneraum, den man gerne hätte, wird angesprochen. Er geht auf die Informationswege der Jugendlichen bezüglich der Angebote ein. Die Trendsportanlage werde von ca. 86 Jugendlichen regelmäßig besucht, welche auch gerne bei der Neugestaltung mitmachen würden. Es gebe viele Vorschläge und Wünsche, z.B. Angebote für über 20-jährige, ein Öffnen der Sportanlagen am Bildungszentrum abends, ein Szenetreff, Schwimmbad bzw. Kino, Bars bzw. Events für Jugendliche. Als Ausblick für die Trendsportanlage erklärte Herr Münzer, es werde jetzt ein WLAN installiert, zusätzliche Sitzplätze und auch Wasserspender. Auch die Fahrbahn werde ausgebessert, 2020 gebe es dort eine Komplettanierung. Für die offene Jugendarbeit werde es nun Öffnungszeiten geben, das Jugendcafé werde im September saniert. Bürgermeister Riedmann bedankt sich für den Vortrag und erklärt, er sei erstaunt, wie viele die Skateranlage nutzen, er freue sich wie das Angebot angenommen werde. Frau Stadträtin Bischofberger bedankt sich bei Herrn Münzer und erklärt, die Umfrage sei jetzt nur der erste Schritt gewesen, es gebe hier eine große Wunschliste. Sie möchte wissen, ob es außer für die Skateranlage einen Masterplan gebe. Sie spricht hier auch auf die angebotene Beteiligung der Jugendlichen an. Herr Münzer erklärt darauf, die Jugendlichen sind auch auf der Anlage sehr präsent, aber es müsse weiter vorwärtsgen z.B. durch fortlaufende Angebote, eine Kletterwand und ähnli-

ches. Die Ergebnisse sind da und müsste nur noch verfeinert werden. Herr Waldenmayer erklärt zum Thema Jugendbeteiligung, dies müsse noch verstärkt angegangen werden. Herr Stadtrat Bitzenhofer bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, die Ferienspiele und der Kalender seien hervorragend wie immer, es sei ein großes Teilnehmerfeld mit einem guten Betreuerschlüssel. Bei der Befragung haben ihn einige Ergebnisse überrascht, z.B. warum viele Jugendliche von den einzelnen Plätzen wie dem Zepp oder dem Jugendvereinsheim nicht wüssten. Er habe das Gefühl das hier ein Kommunikationsproblem vorliege und diese Kommunikation doch sehr wichtig sei. Es sei schade, dass heute in dieser Sitzung keine Jugendlichen teilnehmen. Die Fraktion der Freien Wähler stehe absolut zur Jugendarbeit, er sehe hier aber auch eine Holschuld der Jugendlichen und nicht nur eine Bringschuld durch die Stadt, Jugendliche sollten fordern und tätig werden um diese Forderungen auch aktiv zu verwirklichen. Frau Stadträtin Steffelin bedankt sich bei Herrn Münzer und Herrn Waldenmayer und möchte wissen, ob die Verwaltung prüfen könne, ob zusätzliche Räumlichkeiten wie z.B. im Dosch Haus möglich wären, dies auch zur weiteren Nutzung in Eigenverantwortung durch die Jugendlichen. Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, im Dosch Haus gäbe es technische Probleme und dadurch auch zu große Aufwendungen. Für das ehemalige EMP Haus in der Ochsenlücke gebe es bereits eine Bauanfrage. Das demnächst leer stehende VHS Gebäude stünde zur Verfügung, da die Baustraße nicht kommen werde. Herr Bitzenhofer fragt nach, was in der mobilen Jugendarbeit von Herrn Waldenmayer gemacht werde. Dieser erklärt, er gehe hier in die offene Jugendarbeit als auch in die Jugendsozialarbeit. Im Moment mache er beide Themenschwerpunkte, er berät hier Jugendliche die Probleme haben. Frau Stadträtin Koners-Kannegießer geht ebenfalls auf den Vorschlag von Frau Steffelin ein, dass man Räume aktivieren müsse, die man zur Verfügung habe. Es sollte jedoch auch das Zepp besser genutzt werden. Veranstaltungen im Jugendvereinsheim ufernten leider teilweise aus, deshalb wird hier nun auch Security bei Festen gefordert. Man solle das Jugendvereinsheim jedoch pragmatischer nutzen. Die Vereine werden von den Jugendlichen in Markdorf sehr gut angenommen, dies sei sicherlich toll aber komme eben nicht für alle in Frage. Sie möchte wissen ob die Ergebnisse des Workshops vor 2 Jahren jetzt aufgearbeitet werden. Herr Waldenmayer gibt hier zu, dass die Rückmeldung durch die Verantwortlichen leider nicht sehr gut ist und das Ganze deutlich abgeflacht sei. Auch Herr Stadtrat Achilles bedankt sich für den Vortrag und gibt sich überrascht, dass bei der Nutzung von Smartphones und PC durch die Jugendlichen trotzdem noch eine mangelnde Kommunikation bestehe. Dies sollte auf jeden Fall verbessert werden. Auch sollte man die Jugendlichen zu mehr politischem Engagement motivieren. Herr Münzer erklärt, er habe ein gutes Startgefühl, es sei wichtiger, eine Beziehung zu den Kids direkt aufzubauen als nur über die Kommunikation über zum Beispiel WhatsApp. Ein Kennenlernen, auch über die Schule sei wichtig, um die Beziehungen aufbauen zu können. Frau Stadträtin Deiters Wälischmiller merkt an, dazu können sicherlich auch die SMV oder auch die Kirchen wichtig sein. Frau Stadträtin Obwald möchte wissen, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Bürgermeister einen Raum anbiete aber Herr Münzer dies eher ablehne. Dieser erklärt, es sollen zunächst die Räume genutzt werden die vorhanden sind. Bürgermeister Riedmann erklärt dazu, einen Raum soll es nur dann geben wenn dieser auch von den Jugendlichen selbst gemanagt werden könnte, und nicht über das Jugendreferat. Herr Stadtrat Viellieber fragt nach den Kontakten zu den Sportvereinen, hier seien die Jungen sehr aktiv. Auch hier lassen dass die Aktivitäten ab dem 16.-18. Lebensjahr jedoch nach, genauso wie im Zepp. Herr Münzer erklärt, dass in diesem Alter natürlich auch viele Jugendliche in die Berufsausbildung, bzw. zum Studieren gehen.

Herr Waldenmayer führt aus, dass sie sehr intensiv mit dem Mehrgenerationenhaus und den Kirchen in Kontakt seien, leider nicht ganz so mit den Vereinen, dies könnte auf jeden Fall intensiviert werden. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich nochmals, Herr Stadtrat Achilles wirft noch ein, die Jugendlichen sollten die Plätze in der Stadt einnehmen, hier z.B. im am Bischofsschloss, beim Proma oder auch anderen Orten, dies gerne auch abends, jedoch natürlich immer im Rahmen der entsprechenden Zeiten und in der entsprechenden Lautstärke.

Pause von 18:22 bis 18:34

## 58. **Rathaus im Bischofsschloss**

- a) Vorstellung der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung
- b) Beratung

Herr Bürgermeister Riedmann ruft nun den Tagesordnungspunkt vier, Rathaus im Bischofsschloss auf und begrüßt hierzu noch die nachträglich gekommenen Bürger. Er freue sich sehr über das große Interesse der Öffentlichkeit. Er stellt nun das Planer Team vom Architekturbüro Braunger und Wörz vor, sowie Herrn Schlegel vom Stadtbauamt, Frau Schneider und die Fachplaner des Architekturbüros. Er geht kurz auf die einzelnen Punkte wie z. B. Baustellenzufahrt und die Kostenberechnung ein, die heute vorgestellt werden. Er wolle hier heute keine politische Rede halten, entschieden werde in vier Wochen. Das Ganze sei für ihn ein sehr schwieriges Thema, vor allem die Frage wie es angefangen habe. Was war zuerst da, die Henne oder das Ei. Herr Reutemann und Herr Weber haben 15 Jahre hervorragend zusammengearbeitet. Eigentümer und Pächter sind dann jedoch auf die Stadt zu gekommen da sie in dieser Konstellation nicht mehr weitermachen wollten. Die Stadt hätte das ganze gerne so weitergeführt. Informationen auf dem Flugblatt der Bürgerinitiative sind deshalb so nicht richtig wieder gegeben. Es gebe sicherlich andere Wege, für ihn sei die getroffene Entscheidung für das Rathaus im Bischofsschloss aber der richtige Weg. Er übergibt nun das Wort an Herrn Wörtz, dieser geht nun kurz auf sein Planer Team sowie auf die Umgebung in Markdorf ein. Man habe hier bereits vieles geleistet und er bedanke sich bei seinem Team sehr herzlich für dieses Engagement. Er stellt nun anhand seiner Präsentation den Lageplan des Bischofsschloss vor und erklärt hier das historische Ensemble und die Bausubstanz, welche es zu bewahren gelte. Er erläutert die Bezeichnungen, die den einzelnen Punkten gegeben wurde wie z.B. der Turm, neues Schloss und Scheuer, und erklärt, dass diese in den achtziger Jahren neu errichtet wurde. Das Konzept des Wettbewerbs sei es, einen behutsamen Umgang mit der bestehenden Bausubstanz durch Restaurierung zu sichern und dadurch zu erhalten. Er stellt anhand einer Präsentation die neue Scheuer, das neue Schloss sowie den Turm vor und erklärt hier die Nutzung durch die einzelnen Fachabteilungen. Auch geht er auf die barrierefreie Erschließung des Turmes ein, welche über verschiedene Varianten generiert werde. Auch für das Thema Brandschutz wurde mithilfe des Baurechtsamts und des Kreisbrandmeisters eine Lösung gefunden. Er veranschaulicht die verschiedenen Ebenen, hier auch die Ansicht zwischen Turm und Scheuer mit den alten und neuen Gebäudeteilen. Er erläutert die Schwierigkeiten bei z.B. den Stuckdecken und erklärt die Fluchtwege. Die Fassade des neuen Schlosses soll unverändert bleiben, die Haustechnik müsse man nach ca. 30 Jahren ersetzen, teilweise können Leitungen auch im Turm weiter beibehalten werden, ein neues Konzept für die Luft-Wasser-Wärmepumpe werde erstellt, sodass diese

im Sommer zur Kühlung nutzbar sei. Die Scheuer bekäme als eine Fußbodenheizung, die komplette Elektroinstallation müsste auf jeden Fall neu gemacht werden. Er geht nun auf die Bestandsanalyse der Gebäude ein, welche in einer Dokumentation für das Landesdenkmalamt von Frau Kuch, einer Bauhistorikerin erstellt wurde. Es wurden ca. 400 Öffnungen dokumentiert und skizziert und hierbei auch einige Schäden entdeckt. In sämtlichen Räumen wurden durch entsprechende Gutachter, sei es im Bereich Mauerwerk, Putz, Stuck, Fresken, Fenster, Türen oder auch Holzbalken Untersuchungen durchgeführt. Hierbei wurde festgelegt, was teilweise renoviert werden müsse, bzw. was noch in Ordnung sei. Fenster und Türen zum Beispiel sind größtenteils in Ordnung und müssten lediglich teilweise gerichtet werden. Beim Thema Brandschutz erklärt er, dass z. B. die Stahlträger nicht mehr der Norm entsprechen und deshalb entsprechend verkleidet werden müssen. Er geht kurz auf die Freianlage ein, hier wird der Schlosshang angesprochen, der nach einer Sanierung eventuell als Rebhang geplant sei. Eine Sanierung der Tiefgarage müsse jedoch in diesem Falle vorher durchgeführt werden. Der Schlosshof selbst soll als öffentlicher Raum konzipiert werden, mit einer durchgängigen Pflasterung aus Granit, welche sehr beanspruchbar und entsprechend nutzbar sei. Hier könne man Freiflächen für ein Café einrichten, ein Wasserspiel und auch eventuell ein Spalier Obst, um mehr Grün in den Hof zu bekommen. Er erklärt das Materialkonzept, hier z.B. bei der Schlossscheuer und beim Ratssaal, die Möglichkeit durch ein schlämmen der historischen Mauern diese optisch entsprechend hervor zu herauszuheben. Eine Dachdeckung solle im Falle der Schlossscheuer auch farblich entsprechend angepasst sein. Bodenbeläge werden in den Räumen aus Holzdielen bestehen, in den Fluren aus Naturstein. Beim Punkt Baustelleneinrichtung erklärt Herr Wörtz, zuerst würde der Rückbau der Scheuer betrieben, danach kommt das Stellen des Krans und die Einrichtung der Lagerfläche auf der Tiefgarage. Die Zufahrt werde über die Ulrichstraße erfolgen, da die geplante Baustraße keinen Mehrwert erzeuge, da schweres Gerät von dort nicht bis in den Schlosshof gelangen könne. Des Weiteren werde eine Beweissicherung der Gebäude an der Ulrichstraße erstellt, dies sei in den Kosten mit enthalten. Der Referent erklärt nun noch kurz die einzelnen Kostengruppen und deren Aufbau von der Gruppe 100 bis zur Gruppe 700. Gruppe 100 betrifft das Grundstück, die Gruppe 200 die Erschließung sowie einzelne Unterpunkte, die KG 300 Bauwerk. Er geht auf einzelne Gewerke ein, hier sei es wichtig, dass Renovierungsarbeiten, auch unabhängig von der zukünftigen Nutzung, enthalten sind. KG 400 bezieht sich auf Technik, KG 500 auf die Außenanlagen, KG 600 Kunstwerke und KG 700 auf Baunebenkosten. Dies mache zusammen 18.387.101 € Brutto.

Einzelne Punkte wie z.B. Baustelleneinrichtung Archäologie, Restauration usw., die unabhängig von der zukünftigen Nutzung erledigt werden müssen kommen auf ca. 3,6 Millionen €. Bürgermeister Riedmann bedankt sich recht herzlich bei Herrn Wörtz für dessen ausführliche Ausführungen und bittet die Zuhörerschaft um Beifall für die seiner Meinung nach sehr gute Arbeit. Frau Stadträtin Sträßle bedankt sich beim Team von Braunger und Wörtz recht herzlich und verliest für die CDU die Stellungnahme zum Rathaus im Bischofsschloss:

Wir bleiben dabei!

Die CDU-Fraktion steht nach wie vor geschlossen hinter dem Projekt.

Wir unterstützen die Planungen in vollem Umfang.

Wir sind überzeugt, dass mit dem Umzug ein Mehrwert generiert werden kann:

- Für das Stadtbild: Durch die Renovierung und Sanierung des Gebäudeensembles.
- Für die Beschäftigten der Stadtverwaltung: Durch attraktive Arbeitsplätze.
- Einen Mehrwert insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger.
- Durch den barrierefreien Zugang zum Rittersaal.
- Durch den öffentlichen Zugang zum Schlosshof (Veranstaltungen).
- Durch eine höhere Aufenthaltsqualität im Schlosshof.
- Durch einen barrierefreien, modernen und zeitgemäßen Bürgerservice.

Ich möchte an dieser Stelle auf die beiden im Raum stehenden Zahlen, nämlich der 11,8 Mio. € und der 18,3 Mio. € eingehen.

Im Jahr 2015 wurde die KE beauftragt, die Machbarkeit eines Umzugs des Rathauses in das Bischofsschloss zu prüfen. Primär umfasste die Machbarkeitsprüfung folgendes:

- Den Flächennachweis, ob genug Platz für die Verwaltung vorhanden ist.
- Die Verträglichkeit mit den Belangen des Denkmalschutzes.
- Die Nachweisbarkeit der Rettungswege.
- Die Gewährleistung der Barrierefreiheit.

Das waren die Hauptaufgaben.

Im Dezember 2015 hatte Herr Kurle von der KE die Machbarkeitsprüfung im Gemeinderat vorgestellt. Sie erfolgte auf dem Bearbeitungsniveau eines Testentwurfs. 10 Varianten wurden dabei vorgestellt.

“ Natürlich möchte man wissen was es kostet.“ Das ist alles andere als einfach, so ohne konkrete Planung. Die Kosten wurden auf 11,8 Mio. geschätzt. In Anbetracht der 10 Varianten konnte das auch nur eine **grobe** Kostenschätzung sein.

Sie umfasst auch nicht alle Kostengruppen. Mit einbezogen wurden lediglich die KG 300 - 400 durch Kostenschätzung. Die KG 500 – 700 wurden prozentual hochgerechnet.

Die grobe Kostenschätzung bleibt grob und bleibt eine Schätzung. Sie ist nach 2,5 Jahren auch nicht mehr aktuell.

Herr Kurle verdeutlichte damals, dass statische, energetische, brandschutztechnische und denkmalrechtliche Anforderungen anschließend **vertieft untersucht werden müssen**. Ebenso die Ausbaustandards.

Hinsichtlich der Vertiefung sind wir heute einen großen Schritt weiter.

Vielen Dank Ihnen, Herr Wörtz für die ausführlichen und detaillierten Ausführungen zur Entwurfsplanung und zur Kostenberechnung. Dass vertieft untersucht wurde, das kommt insbesondere bei der KG 400 – Bauwerk – Technische Anlagen zum Ausdruck. Hier haben die Fachleute gemeinsam und sehr intensiv das Gebäudeensemble beleuchtet.

Die Bruttobaukosten von 18,3 Mio. € haben uns nicht überrascht. Wenn ich an andere Entwürfe des Planungswettbewerbs denke: Da waren welche dabei, die hätten uns wesentlich mehr gekostet.

Im Entwurf der Architekten Braunger und Wörtz bleiben die Strukturen im Neuen Schloss und im Schlossturm weitgehend erhalten. Die Schlossscheuer ist „rechteckig, praktisch, gut“, zurückhaltend und ohne Schnickschnack. Das hat positive Auswirkungen auf die Kosten, so war auch die Meinung der Preisrichter im Preisgericht.

Wir sollten uns jetzt an die Umsetzung machen und das Projekt vorantreiben. Je länger wir warten, desto höher die Kosten. Das Projekt wird mit mehreren Millionen € bezuschusst. Auch das ist positiv zu bewerten.

Dann habe ich noch ein paar Fragen an Sie, Herr Wörtz:

- Welchen Grad des Zustands (Schlossturm, Neues Schloss) haben Sie bei den Untersuchungen festgestellt und in der Kostenberechnung berücksichtigt?
- Welche Ausbaustandards haben Sie in der Kostenberechnung berücksichtigt? Mittlere Qualität, gehobener Standard? Wo haben wir welchen Einfluss?
- Können Sie noch Informationen zum Belag des Schlosshofes geben? Ist er „Stöckelschuh-, Kinderwagen- und Rollatoren tauglich“?

Folgendes regen wir noch an:

- Weiter diskutiert werden sollte die Dacheindeckung der Schlossscheuer mit Ziegeln sowie die Lage der Dachrinnen
- Die Geschäfte und die Restaurants in der Marktstraße werden im hohen Maß den Belastungen durch die Bauarbeiten ausgesetzt sein, insbesondere das Kaffee in der Ulrichstraße. Im Sommer wird das nicht einfach werden. Deshalb bitten wir die Verwaltung darum, gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen zu suchen, z.B. durch Rückbauarbeiten im Winter

Zum Thema Dacheindeckung der Schlossscheuer erklärt Herr Wörtz, darüber müsse noch gesprochen werden. Die Substanz des Gebäudes welches in den achtziger Jahren gerichtet wurde, sei im Großen und Ganzen gut, es wurde viel gesichtet und gesichert. Der Turm war früher statisch einsturz- gefährdet, es wurden damals ca. 30 t Material entsprechend eingebaut hier auch viele Stahlträger, welche nun noch Brandschutztechnisch nachgebessert werden müssen. Ein Nachjustieren, um preislich noch etwas zu machen, sei schwierig, entweder man lasse etwas weg oder man mache etwas günstiger. Andere Möglichkeiten sehe er hier nicht. Den Qualitätsstandard halte er hier im mittleren Bereich, wichtig sei, dass die Materialien nachhaltig sind, wie z.B. die angedachten Terrazzo Böden. Seiner Ansicht nach bringe ein „Billiger machen“ nicht viel. Beim Thema Außen Beläge werde auf jeden Fall auf Barrierefreiheit geachtet, dies auch unter denkmalschutztechnischen Aspekten. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt zum Problem Baustellenerschließung, nach § 12 des Denkmalschutzgesetzes werden immer wieder Restaurierungen an alten Gebäuden notwendig sein, dies im Schnitt ca. alle 30 Jahre. Man werde versuchen einen Baustellenzeitplan zu erstellen, um so die Abbrucharbeiten im Winter durchzuführen zu können. Später nach Erstellen des Rohbaus werde dann nur noch Kleinverkehr durch die Ulrichstraße kommen. Frau Stadträtin Oßwald von der Umweltgruppe bedankt sich ebenfalls beim Baubüro recht herzlich und hält nun den

Vortrag für die Umweltgruppe.

Es war für die UG keine Frage, das Bischofsschloss, als es der Stadt unerwartet vom Eigentümer angeboten wurde, zu erwerben.

Das Bischofsschloss ist das wichtigste historische Gebäude in unserer Stadt, es prägt dominant unser Stadtbild. Seine lange Geschichte fordert von uns Verantwortung für seinen Erhalt, wir sind aufgefordert, dieses monumentale Zeugnis der Vergangenheit auch für die Zukunft zu sichern.

**Doch wer A sagt, muss auch B sagen.** Mit dem Erwerb ist es nicht getan, wir müssen nun auch für eine sinnvolle Nutzung sorgen. Das Bischofsschloss leer stehen zu lassen, ist keine Option.

**Der Rathausumzug ins Bischofsschloss ist aus unserer Sicht alternativlos. Ich nenne vier Punkte:**

1. Eine weitere Hotelnutzung wäre schön gewesen, aber alle Experten sagen, dass für eine rentable Bewirtschaftung diese Anlage zu klein ist. Davon abgesehen hätte die Stadt für die Fortführung des Hotelbetriebs viele Millionen in eine Sanierung investieren müssen, ohne dass ein Betreiber in Sicht gewesen wäre.
2. Um andere Nutzungsideen sozialer oder kultureller Art umzusetzen, müsste ebenfalls für viel Geld saniert und umgebaut werden.
3. Würde das Rathaus nicht in das Bischofsschloss umziehen, müsste dort, wo das Rathaus jetzt steht, ein neues Rathaus für grob geschätzte 14,5 Millionen gebaut werden. Was aus Grobschätzungen wird, erfahren wir ja heute.
4. Durch die Umgestaltung des Bischofsschlusses zum Rathaus bleibt es für die Öffentlichkeit zugänglich. Innenhof- und Rittersaalkonzerte können weiterhin stattfinden, und durch die geplante Gastronomie – mit Wasserspiel - schaffen wir ein kleines Zentrum, einen Attraktor in der Altstadt.

Die Behauptung, dass eine moderne Verwaltung nicht in einem solch alten Gebäude untergebracht werden kann, ist durch die vorgestellten Pläne widerlegt.

Es war abzusehen, dass die erste Kostenschätzung von 15 Millionen, die reklamierte Unschärfe von 25 Prozent mitgerechnet, nicht reichen würde. Jetzt hat uns das Architekturbüro Braunger und Wörtz eine Kostenberechnung mit belastbaren Zahlen vorgelegt, die auf umfangreichen Untersuchungen basieren.

Es sind auch Kosten in die Berechnung aufgenommen, die bei der Schätzung noch nicht im Blick waren, z. B. für die Möblierung des Rathauses.

19 Millionen sind viel Geld, aber wir bekommen etwas ganz Besonderes dafür. Wir haben bereits einen guten Entwurf ausgewählt und damit ein renommiertes Architekturbüro für die Realisierung gewonnen.

Aufgrund der soliden und überzeugend vorgestellten Kostenberechnung gehen wir fest davon aus, dass es beim Bau keine großen finanziellen Überraschungen geben und der Kostenrahmen eingehalten werden wird.

Herr Stadtrat Bitzenhofer bedankt sich ebenfalls beim Baubüro und erklärt, Herr Wörtz habe das Herz Markdorf untersucht, alles eruiert, dokumentiert und durchgerechnet. Die Summe von 18,4 Millionen € müsse nun erst einmal verdaut werden. Mit Unwägbarkeiten von sicherlich noch einmal einer Million € müsse gerechnet werden. Heute müsse überlegt werden, was man tun möchte, auch andere Projekte, wie Schule, Kindergarten usw. stehen an. Die finanzielle Situation ist im Moment sicherlich nicht schlecht, jedoch müsse gut überlegt sein, eventuell das eine oder andere Projekt zu schieben. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, zu erfahren wie man vorgehe. Die Bedenkenträger fordert er auf, schnellstmöglich in die Gänge zu kommen. Ein nur Nein sagen ist nicht sinnvoll, die vier angesprochenen Punkte in der Rede von Frau OBwald sind richtig. Auf die Frage ob eine mögliche Bauleitung ins Dosch Haus verlegt werden könne, bejaht dies Herr Wörtz. Auch Herr Stadtrat Achilles bedankt sich für die SPD beim Büro Braunger und Wörtz. Er hat nun drei Fragen, Punkt eins betrifft die Barrierefreiheit, die sicherlich unterschiedlich verstanden werden könne und möchte wissen wie das Herr Wörtz sieht. Punkt 2, es sind verschiedene Punkte in der Tabelle die keinen Kostenansatz haben. Punkt 3 ist die Frage, in was für einer Höhe sich in der Regel die Abweichungen bei den Kosten einpendeln. Herr Wörtz erklärt hierzu zu Punkt eins, alle Ebenen die man erreichen wolle könne man über die Aufzüge mit entsprechender Größe erreichen, auch mit Rollstühlen. Dies entspreche den Normen, hier gilt 1,10 m Breite und 1,40 m Tiefe für die Aufzugsgröße. Im Turm selber könne man die Tiefe von 1,40 m nicht erreichen, hier sind nur 1,20 m bedingt durch den Fahrstuhlkern umsetzbar. Dies entspreche jedoch der europäischen Norm E 81. Elektrische Rollstühle der Klasse A sind auch für 1,20 m Tiefe geeignet, dies wurde mit dem städtischen Behindertenbeauftragten durchgesprochen und auch getestet. Zum Punkt zwei, erklärt er, Kosten die nicht gesetzt sind werden somit auch nicht anfallen. Zu Punkt 3 wird gesagt, dass Unwägbarkeiten sind sicherlich immer möglich sind, man habe aber alles nach bestem Wissen geplant und die Kosten durchgerechnet. Eine von beiden Seiten noch angepasste Prognosespalte werde eingesetzt. Baupreissteigerungen sind sicherlich Unwägbarkeiten, die heute vorgestellten Kosten sind jedoch auf dem aktuellen Stand. Bürgermeister Riedmann erklärt zur Barrierefreiheit ergänzend, die Baurechtsbehörde werde prüfen ob das Gebäude der Landesbauordnung entspreche, die Normen werden sowohl für Bürogebäude, Schulen Kulturstätten Museen aber auch für Seniorenheime entsprechend gefordert. In Büros könne es Ausnahmen geben, es müsse jedoch alles nach der deutschen Norm erschlossen werden. Der Rittersaal könne nicht mit 1,40 m Tiefe erschlossen werden. Herr Stadtrat Achilles meldet sich nochmals zu Wort und teilt mit, dass er die Klassifizierung der Aufzüge entsprechend den Normen und die Benutzung der Aufzüge im Turm durch verschiedene Rollstuhltypen so nicht als gegeben sehe, er halte die Aussagen von Herrn Wörtz so nicht für ganz korrekt. Eine richtige Barrierefreiheit sehe er nur in der Schlossscheuer. Ansonsten bedankt er sich und erklärt, bei denkmalgeschützten Bauten halte er eine 20 bis 30-prozentige Steigerung durchaus für möglich, er möchte hierzu jedoch kein Statement abgeben. Für ihn sei die Schmerzgrenze jedoch überschritten, es freue ihn dass die große Anzahl der Bürgerschaft sich dafür interessiere, er halte einen Bürgerentscheid für das richtige Mittel. Die Verwaltung solle eine Alternative anbieten, im Gemeinderat habe damals niemand alternative Möglichkeiten vorgeschlagen. Er sei der Ansicht, das Gebäude solle gesichert werden, das sei sicherlich richtig, wegen des Projekts Rathaus im Bischofsschloss sollen jedoch auf keinen Fall andere wichtige Projekte gestoppt werden. Die SPD sei für eine demokratische Entscheidung. Bürgermeister Riedmann führt aus, 2015 wur-

de über einen Neubau nicht entschieden, damals bestanden bereits Rücklagen von 14.000.000 €. 2017/18 habe man Rücklagen von 25 Millionen €, Fördergelder in Höhe von 2,5 Millionen € sind als Fördermittel abrufbar. Finanziell sei man heute deutlich besser als damals gestellt. Herr Stadtrat Holstein meldet sich zu Wort.

Sehr geehrter Herr Riedmann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Endlich sind die Zahlen auf dem Tisch und das Rätselraten hat ein Ende. Die Gesamtsumme ist höher als viele erhofft haben.

Viele Positionen sind pauschal geschätzt worden und für die Bauherrenaufgaben gibt es keinen Ansatz.

Leider zeigt die jüngste Vergangenheit, dass Bauprojekte der öffentlichen Hand Probleme haben z.B. Angebote auf Ausschreibungen zu erhalten und innerhalb des Kostenrahmens zu bleiben. Deshalb ist die mit Stand Juni 2018 genannte Endsumme für das Bauprojekt „Rathaus im Bischofsschloss“ von 18,3 Mio. Euro ohne jede Garantie.

Ist hier eine Obergrenze der Kosten festgelegt?

Wenn wir die Fülle der zukünftigen Projekte in Markdorf sehen, allen voran BZM, Grundschulen und Kindergärten, frage ich nach der Reihenfolge der Prioritäten!

Hat die Stadt die personelle und finanzielle Leistungsstärke, Projekte auch parallel umzusetzen?

Bahnhof und Südumfahrung warten auch noch auf ihre Verwirklichung!

> Durch die nun notwendige Baustellenzufahrt über Marktplatz/Ulrichstraße und Marktstraße werden die dort ansässigen Geschäfte und Gastronomiebetriebe stark beeinträchtigt, die Existenz wird gefährdet.

Welche Unterstützungen sind hier geplant?

Wenn die Angebote nach Ausschreibungen vorliegen und die Gesamtsumme deutlich höher wird als die jetzt genannte Summe, wie geht es dann weiter?

Das Projekt Rathaus im Bischofsschloss ist noch lange nicht in trockenen Tüchern!

Ich möchte noch anmerken: Heute Abend ist wieder nur eine Bürgerinformation und keine Bürgerbeteiligung.

Frau Stadträtin Sträßle fragt nach den möglichen Zuschüssen, der Vorsitzende erklärt hierzu, aktuell sei man bei 4,6 Millionen €, dies könne für das Gesamtprojekt auf ca. 7 Millionen € steigen. Herr Stadtrat Viellieber erklärt, man solle das Baubüro bitte nochmals ausdrücklich für die feinfühligste Planung loben, er ist überzeugt, dass in den 18,3 Millionen € alles einberechnet ist. Herr Stadtrat Achilles merkt an, man suche hier sicherlich kein Haar in der Suppe, kein Redebeitrag habe das Architekturbüro für die geleistete Arbeit schlecht geredet. Herr Stadtrat Pfluger erklärt, der Gemeinderat habe mit großer Mehrheit beschlossen, das Gebäude zu kaufen, nun müsse das Ganze auch umgesetzt werden. Frau Oßwald möchte wissen, wann es nun zu einem Beschluss komme. Bürgermeister Riedmann erklärt, am 24. Juli gebe es die Beschlussfassung, bis dahin sehe man sich noch in der Klausur. Er stehe einem Bürgerentscheid positiv gegenüber. Er erklärt, die Verwaltung biete für die Öffentlichkeit in den nächsten Wochen noch Termine zu einer Schlossführung an. Am 24. 7. soll dann der Beschluss erfolgen. Frau Stadträtin Koners-Kannegießer erklärt, sie habe Verständnis für die Unwägbarkeiten bei den Baukosten, dies sei jedoch bei allen Bauvorhaben so. Bisher habe man nie mehr ausgegeben als angesetzt war, außer es wurde so gewünscht. Das Projekt sei eine Chance für Markdorf, das Bischofsschloss dauerhaft für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, dies war früher nicht der Fall. Sie bittet darum, hier bei den Fakten zu bleiben. Herr Bürgermeister Riedmann bedankt sich nun nochmals beim Büro Braunger und

Wörtz, man sehe, mit welcher Freude und Begeisterung die Mitarbeiter an diesem Projekt arbeiten. Die Weiterbeauftragung bis Leistungsklasse drei werde dann im Juli erfolgen.  
Pause von 20:56 Uhr bis 21:11 Uhr

Punkt 60 Breitbanderschließung Markdorf wird Punkt 59, Einrichtung einer blauen Zone vorgezogen.

#### 59. **Einrichtung einer „blauen Zone“ zur Regelung der Parkierung in der Innenstadt von Markdorf**

-Bericht zur Umsetzung der Maßnahme

Herr Hess vom Amt für öffentliche Ordnung zeigt anhand seiner Präsentation nochmals die Beschilderung, die in der Innenstadt für die blaue Zone aufgestellt wird. Die Umsetzung soll Anfang Juli erfolgen. Ziel sei es, die Bedingungen für den Einzelhandel zu verbessern, Dauer Parker zu verdrängen und somit weniger Parksuchverkehr zu erzeugen. Zentrale Parkplätze, aber auch Parkhäuser seien durch Dauerparker den ganzen Tag belegt. Ziel der Regelung sei es die Dauerparker zu verdrängen. Dies sei sicherlich ein Nachteil für diesen Personenkreis, aber durchaus zumutbar. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass das Konzept nach einem halben Jahr überprüft werden soll. Wichtig sei, dass das Parken weiterhin in ganz Markdorf kostenlos bleibe. Er erklärt anhand seines Planes nochmals die Parkzonen und merkt an, es werde teilweise auch nur der Beginn der Zone markiert, nicht jeder Parkplatz einzeln. Im Parkhaus Poststraße im Obergeschoss, sowie im Parkhaus Bischofsschloss im Untergeschoss bestehe dann ebenfalls Parkscheibenpflicht. An der Stadtgrabenstraße werden alle Parkplätze mit entsprechender Beschilderung versehen. Das private Parkhaus in der Biberacher Hofstraße beteiligt sich ebenfalls an der blauen Zone mit Parkplatzschildern sowie auch das Proma Parkhaus und die Firma Neukauf. Es werde in den Medien, z.B. auch auf der Homepage der Stadt Markdorf darauf hingewiesen, im Amtsblatt gebe es Parkscheiben. Zunächst wird die Überwachung human und großzügig durchgeführt, konsequente Dauerparker müssen jedoch mit höheren Geldbußen rechnen. Für Dauerparker wolle man zusätzliche Parkplätze schaffen z.B. hier auch im Bereich Bahnhof und Bahnübergang, dies sei in der Planung. Herr Zumstein fragt nach der Beschilderung in der Poststraße, Herr Hess erklärt hierauf, dass es dort eigentlich keine zugelassenen Parkplätze außer dem Parkhaus gebe und dies werde extra beschildert. Er zeigt auf seiner Liste noch die 174 Parkplätze, die dadurch entfallen, und merkt an, die Stellplätze in den Parkhäusern und im Neukauf seien auch niemals als Dauerparkplätze angedacht gewesen. Zumutbare Parkplätze mit einer Gehzeit von 5-10 Minuten sind vorhanden. Frau Deiters Wälischmiller fragt nach den Parkhäusern Proma und Biberacherhofstraße, hier habe die Stadt Parkplätze gekauft, Herr Hess hat hierzu jedoch keine Zahlen parat. Herr Achilles merkt hier an, die Sparkasse würde sich nicht an der blauen Zone beteiligen, hier werde eine Schrankenanlage gebaut. Herr Stadtrat Wild fragt nach der Beteiligung der Volksbank sowie des Schneider Parkplatzes hinter der Volksbank in Bezug auf die blaue Zone. Herr Hess führt dazu aus, die Volksbank mache bei der blauen Zone nicht mit, sie sehe hier keine Dauerparker, sie könne aber auf eigene Kosten abschleppen lassen, der Schneider Parkplatz sei ebenfalls nicht mit enthalten. Der Besitzer der Bärenapotheke befürchtet auf seinem Parkplatz Dauerparker und beantragt deshalb, hier auch einen Parkplatz mit Kurzzeitparkregeln vormittags von montags bis freitags. Dies sei jedoch privat und habe mit der Stadt zunächst nichts zu tun. Bürgermeister Riedmann bedankt sich

bei Herrn Hess für dessen Ausführungen. Herr Stadtrat Hepting merkt an, der Getränkemarkt sei ebenfalls nicht in der blauen Zone mit dabei, er sei gespannt was dort herauskomme. Er möchte wissen ob das damals beauftragte Unternehmen für die Verkehrsflusskontrolle in der Untersuchung ebenfalls mit hinein genommen worden sei, außerdem interessiert ihn, was das Überschreiten der 2 Stunden Parkregelung dann Bußgeld koste. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, die normalen Bußgelder gehen an die Stadt, bei Einsprüchen gehe das Bußgeld dann an das Landratsamt. Die Firma Sulger habe momentan für den Parkplatz keinen Antrag gestellt, die Planung durch das Büro Bernhard wurde genau so beschlossen. Die Kosten bei einer Überschreitung liegen bei ca. 10-35 € je nach Länge der Überschreitung, bei Vorsatz könne dies jedoch auch höher sein. Herr Hess fügt noch hinzu, eine Überwachung der Privatbeschilderung zum Beispiel an der Volksbank könne durch das Ordnungsamt nicht geleistet werden. Frau Deiters Wälischmiller merkt noch an, die Umweltgruppe habe bereits vor zehn Jahren den Antrag auf die blaue Zone gestellt, man habe nun einen langen Atem gezeigt. Es sei immerhin nach wie vor ein Privileg, in Markdorf kostenlos parken zu können. Herr Stadtrat Bitzenhofer möchte noch wissen, ob im Proma Parkhaus die blaue Zone für das gesamte Parkhaus gelte oder ob es hier Sonderregelungen gebe. Herr Hess erklärt hierzu, die Beschilderung gelte für alle Flächen, die für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, vermietete Parkplätze sind selbstverständlich ausgenommen. Herr Bitzenhofer führt weiterhin aus, er sehe für die Kunden in der Stadt die blaue Zone durchaus als Vorteil, Bedienstete und Angestellte müssen dann in umliegenden Wohnstraßen parken, die dann sicherlich voll seien. Probleme sehe er bei Eigentümern von Häusern, die nie eigene Parkplätze hatten. Er möchte wissen ob Ausnahmen wie z.B. für Ärzte, Behinderte oder die Sozialstation geplant sind und ob die Parkplätze blau markiert werden. Herr Hess verneint dies, die Parkplätze bleiben weiterhin weiß markiert. Zum Thema Ausnahmeregelungen erklärt Herr Riedmann, diese müssten beim Landratsamt beantragt werden, geplant sind im Moment keine. Man solle zunächst mal ein halbes Jahr beobachten, dann könne man unter Umständen Ausnahmeregelungen für bestimmte Straßen wie zum Beispiel die Obertorstraße beantragen. Auch Herr Hess erklärt zu diesem Thema, für z.B. soziale Bereiche gäbe sicherlich Möglichkeiten der Ausnahme, aber auch nur in Sonderfällen. Für Behinderte bestehe in der blauen Zone prinzipiell eine 24 Stunden Parkmöglichkeit, Ärzte können in Notfällen ebenfalls Ausnahmeregelungen bekommen. Er erklärt nochmals, Wege von fünf bis zu 10 Minuten zu Fuß seien durchaus zumutbar, man soll das ganze jetzt begutachten und bewerten und in einem halben Jahr noch mal darüber beraten. Auch Herr Achilles erklärt, andere Gemeinden haben blaue Zonen eingeführt, und auch für die Sozialstation würden 2 Stunden normalerweise gut ausreichen.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

## **60. Breitbanderschließung Markdorf**

- a) Vorstellung der Ortsnetzplanung
- b) Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe der Genehmigungsplanung

Herr Bürgermeister Riedmann stellt Herrn Richter vom MRK Media sowie Fr. Deppe vom Landratsamt vor. Bereits vor einem Jahr wurde die Durchführung einer Struktur Ausbauplanung für das Projekt FTTP, Fiber to the Building beschlossen. Es geht hier darum, Glasfaser

an jedes Gebäude, jedoch nicht in jedes Gebäude zu legen. Der Landkreis habe die Backbone Planung an die Firma MRK Media abgegeben, die Kommunen können sich hier anhängen. Heute stelle Herr Richter das Ergebnis vor. Der Beschluss einer Werkplanung solle heute erreicht werden. Die Realisierung solle im Rahmen eines Zweckverbandes erfolgen, der diese für den Landkreis und die beteiligten Kommunen koordiniere, hierfür gebe es auch zusätzliche Zuschüsse von ca. 30 %. Dies sei administrativ im Rahmen eines Zweckverbandes deutlich einfacher durchzuführen. Auch werden so die Haushaltspläne der Gemeinde nicht zu stark beansprucht. Wichtig sei, dies gemeinsam zu tun. Herr Richter zeigt nun anhand der Vorlagen der MRK Media aus München die Projektorganisation, die Planungsvorbereitungen, die Bestandsdaten und die Organisation. Die Firma MRK Media sei Ansprechpartner für alle beteiligten Kommunen und den Landkreis. Er geht nun auf den Ausbau des Backbone Netzes ein, und erklärt hier die Anschlüsse der einzelnen Orte und der Häuser über sogenannte POP Standorte (Points of Presence). Er erläutert die Bestandsdatenerhebung und die Integration der gesamten Daten in einen Geodatenatlas, hier seien auch die Netzdaten der vorhandenen Anbieter erhoben und eingepflegt worden. Es habe hier sehr viele vor Ort Termine gegeben, insgesamt seien 3390 Adresspunkte bebauter oder noch unbebauter anzuschließender Grundstücke erhoben worden. Er erläutert den Plan bezüglich der Tiefbauverfahren, hier gebe es das sogenannte Pflug- oder Tiefbauverfahren bzw. die Möglichkeit der Mitverlegung der Anschlüsse bei bestehenden Tiefbaumaßnahmen. Er erläutert die Prioritäten der Versorgung, z.B. private und Gewerbegebiete. Gewerbegebiete und heute noch deutlich unterversorgte Privatgebiete hätten auf jeden Fall die Priorität 1, Priorität 3 hätten Haushalte, die jetzt schon gut versorgt seien. Der Schwellenwert hierfür sei eine Geschwindigkeit von unter 30 MBit/Sekunde. Das ganze Projekt sei sehr langfristig auf 8-10 Jahre angelegt. Es werde ein Atlas der Stadt Markdorf erstellt, mit Karten im Maßstab 1:500, auf dem alle Straßen zu sehen sind. Hier sind auch die Wege der 6 POP's zu den sogenannten NVTs (Nahverteiler) zu sehen. Auf diese Art kann die Stadt das Netz in den nächsten Jahren erschließen. Es werden 120 Kartenblätter erstellt, die die Stadt dann in die Hand bekomme. Insgesamt gebe es sechs POP Standorte, 130,9 km Tiefbaustrecke und insgesamt 139,35 km Glasfaserkabel. Adresspunkte sind im Moment 3393 vorgesehen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 18,33 Mio. €, davon beziehen sich 85 % auf den Tiefbau. Bürgermeister Riedmann bedankt sich bei Herrn Richter und erklärt hierzu, für die Verlegung bekomme man 70% bis unter Umständen 90 % Zuschüsse. Herr Stadtrat Wild möchte gerne wissen, ob das Netz dann im Eigentum der Stadt sei und ob man dafür auch Gebühren verlangen könne. Auch möchte er wissen, ob man hier die entsprechende Vorbereitung für Netze und Anschlüsse plane, die ja erst in 7-8 Jahren in Betrieb gehen. Er fragt nach, wie hoch die Kosten für die Hausanschlüsse sind. Herr Richter erklärt hierzu, der entsprechende Netzbetreiber übernehme dann den Hausanschluss, oberste Priorität habe das Backbone Netz, es sei wichtig dass man dies vorrangig fördere, dann habe man in 5-8 Jahren eine 100-prozentige Versorgung erreicht. Wenn diese Verlegung die Kommunen machen, dann sind sie auch Eigentümer des Backbone Netzes. Frage ist jedoch immer, ob die Netzanbieter dann auch genügend Interessenten für die Umstellung auf das Glasfasernetz finden. Frau Deiters Wälischmiller möchte von Frau Deppe vom Landratsamt gerne wissen, ob uns bei einer Umsetzungsdauer von zehn Jahren der technische Fortschritt nicht überholen werde und wie viel man von den vorhandenen Strukturen bereits nutzen könne. Herr Richter erklärt hierzu, 10 % könne man bereits heute benutzen, die Glasfasertechnik sei auf jeden Fall die Technik der Zukunft im Internetverkehr und kenne auch kein Limit. In der BRD sei man diesbezüglich jedoch ca. zehn Jahre hinter

dem Stand der Technik, man müsse weg von den Kupferleitungen. Stadtrat Bitzenhofer möchte wissen, wie die Planung für die nächsten 10 Jahre sei, wie die Priorisierung festgelegt wurde und wovon die Förderung von 50,70 bzw. 90 % abhängt. Herr Bürgermeister Riedmann erklärt hierzu, die maximale Leistung bestehe momentan bei 30 mbit/sec., priorisiert werde vorzugsweise, wenn es sich um ein Gewerbegebiet handle und dies auch unterversorgt sei nach Prio 1. Prio 2 sind dann versorgte Gewerbegebiete und unterversorgte Wohngebiete. Die Förderung sei unterschiedlich zwischen Landes- und Bundesförderung, keine Förderung gäbe es bei bereits bestehenden 30 Mbits/sec. Der Bodenseekreis und somit auch Markdorf sind Mitglied bei CompaqNet, im ländlichen Raum gebe es eine Förderung von 90-100%, bei uns werden 70-90 % realistisch sein. Frau Stadträtin Mock möchte wissen, ob es auch für ländliche Gebiete Zuschüsse gebe und ob man sich auch außerhalb der Gewerbegebiete diesbezüglich kundig gemacht habe. Sie möchte sichergehen das auch Gebäude im Außenbereich entsprechend auf der Liste stehen. Herr Richter versichert, dass alle Höfe und alle Gebäude und Gewerbeeinheiten die gemeldet wurden, berücksichtigt werden, auch im Außenbereich. Bürgermeister Riedmann merkte an, die Priorisierung durch die Firma MRK Media seien Vorschläge, die endgültige Entscheidung über die Priorisierung liege dann bei der Stadt, so könnten eventuell auch noch höhere Zuschüsse erreicht werden. Herr Stadtrat Achilles gibt zu bedenken, dass bei der vorgesehenen Kostenrechnung die Kosten ständig nach oben gehen, sie sähen, wenn man heute einsteigt, in 10 Jahren wieder ganz anders aus. Der Prozentsatz müsse deshalb neu verhandelt werden. Herr Richter erklärt hierzu, sobald der Ausbau stattfindet, werden die Förderanträge neu gestellt. Herr Stadtrat Pfluger merkt an, wenn man bedenke dass wir bei der Breitbanderschließung 10 Jahre in Rückstand sind, sind 8-10 geplante Jahre für den Ausbau nicht eben ambitioniert. Wichtig sei es schneller voran zu kommen und eine höhere Priorisierung im Zweckverband zu erreichen. Herr Bürgermeister Riedmann sagt hierzu, wenn die Stadt hier schneller sein will, werde man dies auch bekommen, die Geschwindigkeit liege schlussendlich in der Hand der Kommunen, die die Anschlüsse umsetzen. Herr Stadtrat Holstein fragt zu diesem Thema, ob es in der Kreuzgasse bereits Leerrohre gebe, Herr Riedmann bestätigt, dass in den letzten 3-4 Jahren bereits überall immer Leerrohre mit verlegt werden. Herr Ortschafsrat Grafmüller bedankt sich bei Herrn Richter, auch für die Ausführlichkeit der detailliert dargestellten Netzplanung, Ittendorf -Reute sei auch aufgeführt, er bittet aber darum, Ittendorf nicht wieder hinten anzustellen. Herr Bürgermeister Riedmann fügt noch hinzu, dass es von Vorteil sei, dass die Telekom vor anderthalb Jahren in Markdorf noch das sogenannte Vektorring eingeführt habe.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der Struktur- und Mitverlegungsplanung (FTTB-Masterplan) und die erste Kostenberechnung für die Umsetzung der Planung zur Kenntnis und beschließt einstimmig, in einem weiteren Planungsschritt die genehmigungsreife FTTP-Planung für die Gesamtstadt Markdorf an die Firma MRK Media AG zum Pauschalpreis von 12,90 Euro (brutto) inclusive der gesetzl. MwSt. pro Adresspunkt zu vergeben

## **61. Bekanntgaben, Wünsche und Anträge**

Wünsche und Anträge werden keine genannt.

Weitere Wünsche und Anträge aus den Reihen des Gemeinderates werden nicht vorgetragen.  
Damit schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 22.28 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer

Gemeinderat

Internet